

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Präsident des Thüringer Rechnungshofes  
Herrn Dr. Sebastian Dette  
und Kollegium des Thüringer Rechnungshofes  
Burgstraße 1

07407 Rudolstadt

**Bodo Ramelow, MdL**  
Fraktionsvorsitzender

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Telefon 0361 / 377 2323  
Telefax 0361 / 377 2416  
ramelow@die-linke-thl.de  
www.die-linke-thl.de

Sparkasse Mittelthüringen  
Konto-Nr. 130 089 796  
BLZ 820 510 00

Erfurt, 16.4.13

Sehr geehrter Herr Dr. Dette,  
sehr geehrte Herren Gerstenberger, Braun und Behrens,

ich darf den Eingang Ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, DIE LINKE und der SPD (DS 5/5603), datiert vom 11.4.2013, am 15.4.2013 bestätigen. Auf der Seite 3, letzter Absatz, erster Satz spitzen Sie in Ihrer Stellungnahme zu und formulieren die Unterstellung „Der Entwurf erwecke unverkennbar den Eindruck, der Rechnungshof bzw. seine Mitglieder sollten diszipliniert werden“.

Mit diesem Satz unterstellen Sie der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine ungeheuerliche Motivation. Schon in dem Eingangstext verweisen Sie auf die Unabhängigkeit des Rechnungshofes im Range der richterlichen Unabhängigkeit. Sollten Sie diese richterliche Unabhängigkeit für sich, für Ihr Agieren und für Ihre Stellungnahmen reklamieren, sollten Sie auch die richterliche Neutralität und die gesetzeskonforme Auslegung des Rechtes bzw. der daraus abgeleiteten Pflichten zugrunde legen.

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat von ihrem Recht einer Gesetzesinitiative Gebrauch gemacht. Das, was Sie über mehrere Seiten als Genese ausführen - so die von Ihnen vorgetragenen Zitate, die sich in eine spezifische parteipolitische Auseinandersetzung ausdeuten lassen könnten - können und wollen wir nicht bewerten.

Unstreitig - und dankenswerterweise erwähnen Sie dies am Schluss Ihrer Stellungnahme ja auch noch - obliegt es dem Gesetzgeber, Gesetze zu erarbeiten, zu evaluieren, zu bearbeiten und/oder zu verändern. Dass das Rechnungshofgesetz zum Zeitpunkt der Einbringung des Entwurfes mindestens an zwei Stellen nicht der praktizierten Realität entsprach, dürfte doch auch dem Kollegium des Rechnungshofes nicht entgangen sein, und uns als Parlamentarier ist nicht entgangen, dass es den Wunsch von Ihnen gab, die Direktoren höher zu dotieren. Daher ist Ihr Umkehrschluss, basierend auf einer falschen Genese, unzutreffend, dass offenbar in Ihrem Sinne die richterliche Unabhängigkeit des Hofes nur gewahrt bleibe, wenn Sie selber als Rechnungshof die Gesetzesveränderungsnotwendigkeiten eigenständig anzeigen und wir als Parlament diese dann offenbar nur noch umzusetzen hätten. Diese Sicht auf Gesetzgebung teile ich ausdrücklich nicht. Ich verstehe deshalb nicht, warum Sie, sehr

geehrter Herr Dette, nun Pressemeldungen, die ich lediglich zur Kenntnis nehmen kann, zum Anlass nehmen, Unterstellungen gegenüber den antragstellenden Fraktionen zu formulieren. Um auf die Gesetzesfassung zum Zeitpunkt der Einreichung zurückzukommen und - wie ich es in der Parlamentssitzung schon zum Ausdruck gebracht habe - war es ein Fakt, dass die Rechnungsprüfungsstellen nicht mehr existierten und die Anzahl des Kollegiums verkleinert wurde.

In beiden Fällen hätte ich unterstellen können, dass Sie gegen das Gesetz verstoßen und wer, wenn nicht wir Parlamentarier, dies nur heilen können.

Statt also mit wechselseitigen Unterstellungen und parteipolitischem Firlefanz hier zu agieren, wäre nach meinem Dafürhalten eine dezitierte Vorlage, was aus Sicht des Kollegiums des Thüringer Rechnungshofes nun veränderungs- und anpassungsbedürftig im Gesetz wäre, eine sachgerechtere Stellungnahme.

Am 11. April adressierten Sie den Brief, am 15. geht er zumindest in meinem Büro ein, und heute kann ich den gesamten Vorgang schon mit einer Medieninformation Nr. 3/2013 über den Presseverteiler zur Kenntnis nehmen und Ihre Stellungnahme mit den von mir kritisierten Unterstellungen im Netz finden.

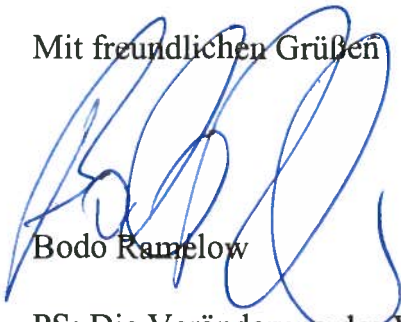
Es steht Ihnen frei, sehr geehrter Herr Dette, den Umgang mit dem Parlament so zu pflegen, aber zielführend finde ich das nicht.

Sehr geehrter Herr Dette, sehr geehrte Mitglieder des Kollegiums, die Fraktion DIE LINKE hatte zu keinem Zeitpunkt die Absicht, den Rechnungshof in seiner Arbeit zu behindern, unter Druck zu setzen, zu disziplinieren oder zu diskreditieren.

Bitte, gestatten Sie mir, für meine Fraktion auch umgekehrt anzumahnen, dass wir nicht diskreditiert werden möchten.

Ihre Stellungnahme nehme ich deshalb als Stellungnahme zum Verfahren zur Kenntnis und verwahre mich im Namen meiner Fraktion gegen die nicht zielführenden parteipolitisch durchfärbten Unterstellungen, für die wir der falsche Adressat sind.

Mit freundlichen Grüßen



Bodo Ramelow

PS: Die Veränderung des Vorschlagsrechts habe ich für meine Partei schon seit Langem gefordert und ein Verfahren vorgeschlagen, wie es beim Verfassungsgericht erfolgreich praktiziert wird.